

Kann die Demokratie in Frankreich gerettet werden?

Autor(en): **Noël, André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **16 (1948-1949)**

Heft 7

PDF erstellt am: **29.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-759531>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KANN DIE DEMOKRATIE IN FRANKREICH GERETTET WERDEN?

VON ANDRÉ NOËL

In einem Zeitraum von drei Monaten machte Frankreich die Bekanntschaft von vier Regierungen.

Nach dem Sturz des ersten Kabinetts Schuman spielte sich zweimal dasselbe Schauspiel ab: Berufen vom Präsidenten der Republik, stellte sich ein Mann guten Willens der Kammer vor, die ihn mit der sogenannten verfassungsmäßigen Mehrheit von mehr als 310 Stimmen in sein Amt einsetzte. Diese Mehrheit zusammenzubringen bedurfte es bemühender Verhandlungsmethoden, kunstvoller Berechnungen, manchmal selbst eines obskuren Gefeißes. Der vorgesehene Ministerpräsident mußte die Mitwirkung von Persönlichkeiten der entgegengesetztesten Richtungen erlangen, abweichende Verpflichtungen auf sich nehmen, seine Regierungserklärung von allen positiven Inhalten leeren, von allen Angaben, deren Bestimmtheit bei fünf oder sechs Deputierten Anstoß erregt und sie so verhindert hätte, ihm ihre Stimmen zu geben.

Waren einmal diese Klippen umsegelt, so begann eine neue Serie von Schwierigkeiten, wenn es zum Handeln kam. Die ungleichartige Majorität scheiterte an einem Anstoß, wenn nicht die Regierung, Abbild ihrer Majorität, beim bloßen Anblick der zu lösenden Probleme, zerfiel.

Um ein wenig, und das Kabinett Queuille hätte ein gleiches Schicksal erfahren. Und selbst die, deren Beistand ihm das Leben gerettet hat — durch welche zweideutigen Machinationen und Kunstgriffe! —, behielten einen üblen Nachgeschmack von diesen, um mit Ramadier zu sprechen, «subalternen Verschlagenheiten», bei denen das parlamentarische System nicht gerade an Größe gewinnt.

Angesichts dieser chronischen Unbeständigkeit, dieser Unfähigkeit, die gebotene Selbstzucht auf sich zu nehmen und sich der harten, aber unumgänglichen Verantwortung zu beugen, die scheinbar für die heutige Kammer kennzeichnend sind, drängt sich uns, natürlich genug, der Gedanke auf: Es gibt nur ein Heilmittel, die Auflösung der Kammer.

Die Propaganda de Gaulles findet sicher seit einiger Zeit einen großen Widerhall im Lande, wo der schleichende Antiparlamentaris-

mus akut wird. Im Ausland, wo man an mehr Ernst und Beständigkeit gewöhnt ist, sieht man in der Zuflucht zu Neuwahlen die einfache und schlichte Anwendung der demokratischen Spielregeln.

Aber die Kammerauflösung ist kein Selbstzweck. Sie ist das bloße Vorspiel zu einer neuen Kammer. Die ganze Frage besteht eben darin, ob diese neue Kammer regierungsfähiger sein wird als die heutige.

Im Augenblick besitzen wir nur eine schwache und unzuverlässige Regierungsmehrheit. Zur Einsetzung eines vom Präsidenten der Republik bezeichneten Regierungschefs bedarf es der absoluten Mehrheit der Nationalversammlung, das heißt heute 311 Jasager. Zur Sicherung der Regierungstätigkeit genügt die einfache Majorität, das heißt ein fester Anhang von 280 bis 300 Stimmen. Die Ansprüche der Außenpolitik halten — um nur von ihnen zu sprechen — 183 Kommunisten in der Opposition fest. Die strikten Anordnungen des Generals de Gaulle verpflichten die 75 Deputierten, die ihm blind gehorchen, zu systematischer Feindseligkeit. Sie kommen von der Rechten, den Unabhängigen und dem Rassemblement des Gauches. Die Gesamtheit der beiden *nicht reduzierbaren Oppositionen* umfaßt also rund 206 Deputierte.

Gewöhnlich konnte die Regierung auf 290 Stimmen zählen, die sich folgendermaßen verteilen: 152 MRP, 100 Sozialisten, 23 Radikale, 5 UDSR, die zum Rassemblement des Gauches gehören, 10 Verschiedene, wie Mohammedaner, Unabhängige und so weiter. Uebrig bleiben ungefähr 70 Deputierte, und zwar: 15 vom Rassemblement des Gauches, 45 von der Rechten, 10 Gewählte des Kolonialreiches. Sie zusammen bilden das Zünglein an der Waage. Schließen sie sich dem Regierungsblock an, so kommt er über die absolute Mehrheit hinaus; enthalten sie sich der Stimme, erzielt er mehr oder weniger mühsam die relative Majorität; vermischen sie ihre blauen Nein-Stimmzetteln mit denen der nicht reduzierbaren Opposition, so ist die Regierung in die Minderheit versetzt. Im allgemeinen haben, mit einer knappen Ausnahme, die 70 Schaukelstimmen immer für die Einsetzung des Kabinetts gestimmt. Belehrt durch die Schlappe Léon Blums im November 1947, entsendet der Präsident der Republik ins Parlament Männer, die sich wegen ihrer Mäßigung und ihrer Rechtschaffenheit der Achtung aller ihrer Kollegen erfreuen, und die nicht im Schatten ausnehmender Eigenschaften sich dauernde Feindschaften schufen.

Aber selbst die Deputierten mit Vorbehalten gegenüber dem Programm, das man dem designierten Ministerpräsidenten zuschreibt, nehmen doch Anstand, eine Gegnerschaft zu bezeugen, die eine persönliche Spitze haben könnte, und ziehen es vor, den Sturz der

Regierung auf einen späteren Zusammenstoß zu verschieben, aus politischen und daher weniger mißfälligen Motiven. Außerdem fürchten die Mehrheitsgruppen (Sozialisten, jetzt auch Radikale), daß die Ausschließung der einen der Parteien sich gegen den Schuldigen zugunsten des dritten Spießgesellen kehren würde und jener alle Aussichten verlöre, eines Tages Chef der Regierung zu werden.

Trotzdem also die Theoretiker-Autoren der Verfassung eine größere Majorität gefordert haben, ist es heute, dank vorsorglicher Höflichkeit und dem Austausch von Artigkeiten, leichter, eingesetzt zu werden, als zu regieren. Denn in diesen Stunden Frankreich regieren, heißt zu einer unpopulären Verantwortung gezwungen sein, Anstalten treffen, die für die eine oder die andere Kategorie von Franzosen beschwerlich sind: es heißt Lohnerhöhungen verweigern und so die Gewerkschaften verärgern; Steuern erhöhen, die vor allem den Handel treffen; Beamte aus Ersparnisgründen auf die Straße setzen; auf eine unvermeidliche Wirtschaftslenkung zurückkommen und sich so dem Schimpf der Bauern und des Mittelstandes aussetzen.

Verlangt man von der Mehrheit das Ja zu solchen Maßnahmen, so schreckt sie davor zurück. Die einen machen sich davon, während die 70 vom erwähnten Zünglein an der Waage glauben, sie könnten ihre Beliebtheit bei den Wählern steigern, wenn sie zur Opposition übergehen.

Eingekeilt zwischen zwei nicht zu brechenden Dämmen der systematischen Opposition, verfügt die Regierung nicht über allzu viele, die weder Kommunisten noch Gaullisten strikter Observanz sind, um sich eine Mehrheit zu sichern. Die Mitglieder dieser Dritten Partei werden aber seit dem Scheitern Léon Blums von keinem Anhauch von Enthusiasmus und von keinem republikanischen Glauben über sich selbst erhoben. Man findet unter ihnen Liberale und Planwirtschaftler, Katholiken und Antiklerikale, Kolonialpolitiker alten Schlages und Internationalisten der Verzichtpolitik; und vor allem sind einige von den Militanten der verschiedensten Doktrinen gewählt worden, — und ihre Hauptsorge ist, wiedergewählt zu werden.

Entscheidet sich die Regierung für eine Politik der klaren Linie, so verärgert sie bestimmt einen Teil ihrer Getreuen, und es genügt, zwei Dutzend zu unwiderruflich Mißvergnügten zu machen, um auf der Stelle gestürzt zu werden. So versucht die Regierung, jeden zufriedenzustellen, das heißt niemand und alle Parteien unzufrieden zu machen, aber mit Maß. Mit Bewährungsfrist verurteilt, kann sie ungefähr zehn Monate ihre Zickzack-Politik treiben, wegen ihrer Ohnmacht mit Vorwürfen von genau denselben überhäuft, die sie zu ihrer Ohnmacht verdammen.

Am Ende dieser leider nur zu ungenauen Analyse bieten sich scheinbar nur zwei Lösungen: die Erweiterung der Majorität durch eine der Oppositionsgruppen oder die Auflösung der Kammer. Im Augenblick erleben wir viel Lärm um nichts durch die Scheindrohung eines neuen Tripartismus. Kann man die Majorität nach links durch Aufnahme der Kommunisten in die Regierung erweitern? Sollen wir der Sensationspresse glauben, so wäre die Rückkehr zum Tripartismus die Tageslosung. Was geht wirklich vor? Ein Handel, der dem vernebelten Denken einiger Linksozialisten, einiger christlicher Gewerkschaftler und einiger Spezialisten in Gefühlspolitik entspringt. Die Führer der zwei großen Regierungsparteien ließen allerdings diesem Gerücht ohne Dementi seinen Lauf und seinen Lärm. Sie zogen die Radikalen mit der Drohung eines Majoritätswechsels an den Ohren und erreichten, daß sie ihre eigenen Ansprüche etwas herunterschraubten.

Aber die Gaullisten und ihre Alliierten kehrten die Waffe schnell zum eigenen Gebrauche um, und ihre Presse trompetete aus, daß Sozialisten und MRP von einer heimlichen Verständigung mit den Kommunisten träumen. In einem Lande, dessen nichtkommunistische Wählermasse seit vier Jahren auf die Partei setzt, die scheinbar die wirksamste Abwehr der Ziele eines Thorèz bildet, war diese Taktik der wirksamste Wahltrick. Aber dieses Gerücht, das unverantwortliche Kreise verbreiteten, das von den Parteitaktikern mißbraucht und propagandistisch ausgebeutet wurde, hält einer ernsthaften Prüfung keinen Augenblick stand.

Ueber allem stehen die zwingenden Gebote der Außenpolitik. Um solche Lappalien kümmern sich freilich diese Wolkenarchitekten wenig. Ihrer Ansicht nach folgt der amerikanischen Präsidentenwahl eine Stillehaltungspolitik zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, und diese Annäherung zwischen Ost und West würde Frankreich die Rückkehr zum Dreiparteien-System erlauben. Das heißt nun wirklich eine unwahrscheinliche Hypothese auf eine noch weniger wahrscheinliche bauen. Nach allem, was man weiß, werden sich die Realitäten der Weltpolitik kaum in diesem Sinne entwickeln.

Nehmen wir aber an, es käme zu einem Waffenstillstand im «kalten Krieg». Die Amerikaner würden darin den Erfolg einer Politik des starken Druckes sehen. Werden sie diesen Augenblick wählen, um in ihren Anstrengungen nachzulassen, die militärische Organisation Westeuropas zu entmutigen und die Anwendung des Marshall-Planes aufzuschieben? Oder werden vielleicht die Kommunisten das ERP und seine Bedingungen schlucken, den Pakt von Brüssel annehmen und auch den gemeinsamen Generalstab der Fünf

Nationen? Frankreich kann ohne ERP nicht existieren, und die französische Regierung kann dessen Gegner nicht miteinbegreifen.

Die Rekonstruktion und die Verteidigung Westeuropas gehören zum Wesen der amerikanischen Politik, die beides nur aufgeben würde, wenn sie mit dem gleichen Schlage die Preisgabe ganz Europas an die Sowjets endgültig beschließen wollte.

Das sind die Grundtatsachen der französischen Außenpolitik. Sie schließen schicksalsmäßig die Kommunisten von jeder Regierung aus, deren Herren sie nicht sind. Immerhin wäre es falsch, zu glauben, daß nur die Außenpolitik sich der Rückkehr zum Dreiparteien-System widersetzt. Diese Rückkehr zulassen, käme innenpolitisch dem Selbstmord der Sozialisten und des MRP gleich. In aller voraussehbarer Zukunft wird sich niemals im MRP eine Majorität finden, die zu einem solchen politischen Umsturz die Hand bietet; und die Sozialisten, die 1945 nicht mit den Kommunisten allein in der Regierung bleiben wollten, könnten heute noch weniger sich selbst isolieren. Würde ein neues Dreiparteien-Bündnis geschlossen werden, so könnte das nur das Werk von Minderheitsgruppen in beiden Parteien mit dem Beistand von vier bis fünf Radikalen sein. Es würde vollständig von den Kommunisten beherrscht werden, die für sich allein die Mehrheit dieser Mehrheit bilden würden. Der Gegen-schlag wäre der Anschluß der MRP- und der Sozialistenreste, die sich der Zusammenarbeit mit Moskau widersetzen, an den de Gaulle-schen RPF. Auf diese Weise würde sich gerade die Spaltung Frankreichs in zwei fast gleich starke Blöcke vollziehen, die zu verhindern sich MRP und Sozialisten als Hauptaufgabe gestellt haben. Beide Parteien würden darüber bersten. Außer daß Volksrepublikaner und Sozialisten einer wahren Selbstmordmystik zum Opfer fallen sollten, ist und bleibt die Erweiterung der Regierungsmehrheit durch die äußerste Linke eine Unmöglichkeit.

Kann man aber, im Gegensatz dazu, eine dauerhafte Erweiterung der Regierungsmehrheit nach rechts ins Auge fassen? Man versuchte mehrmals auf diese Weise vorzugehen, namentlich bei der Berufung von Paul Reynaud, aber auf dieser Kammerseite gibt es die Schwierigkeit, daß man keine wirklich organisierte Partei antrifft. Man erhielt die 16 Stimmen des Parti Républicain de la Liberté (PRL) für die Einsetzung des Kabinetts; einige Unabhängige würden für die Regierung stimmen, wenn sie einen der ihren beriefe —, aber bei der ersten schwierigen Abstimmung liefen Mann und Maus ins Lager der Opposition über. Man hat sehr richtig bemerkt, daß ein Ministerpräsident auf die Dauer rechts nur zehn Stimmen gewinnen kann, wenn er zehn von der Rechten in sein Kabinett aufnimmt.

Auf einen geschlossenen Block kann man also nur rechnen, wenn

man den RPF in die Regierungsmehrheit aufnimmt; aber der RPF gehorcht blind dem General de Gaulle, ohne den er nichts wäre, und der General de Gaulle hat eine ganz persönliche Auffassung von Bündnissen. Unter diesem Wort versteht er Unterordnung. Man müßte also alle seine Bedingungen schlucken, das heißt ihm allein die Macht übergeben, die Kammer auflösen und die Verfassung nach seinem Belieben ändern. Der General verhindert so durch seinen Starrsinn jede haltbare Erweiterung der Mehrheit nach rechts. Weit schwerer wiegt es aber, daß er die Politik des größeren Uebels zur Doktrin erhob, die RPF-Deputierten seit mehr als einem Jahr nötigt, ihre Stimmzettel mit denen der Kommunisten zusammenzulegen, ohne sich jemals darüber Gedanken zu machen, ob die niedergestimmten Maßnahmen der Regierung gut oder schlecht sind.

Haben wir das Dilemma der Mehrheitsbildung richtiggestellt, ist die Erweiterung der Regierungsmehrheit unmöglich, dann bliebe nichts übrig als die Auflösung. Ist aber die Auflösung verfassungsmäßig möglich? Nein! So unvollkommen die Verfassung sein mag; so leidenschaftlich sie General de Gaulle verwünscht: sie ist weiter in Kraft, und der Präsident der Republik kann die Auflösung nur nach 18 Monaten gesetzgebender Arbeit, im Anschluß an zwei ungelöste Ministerkrisen im Zeitraum von zwei Jahren, verfügen, gemäß den Modalitäten der Verfassung, das heißt, wenn ein ausdrücklich gefordertes Vertrauensvotum zurückgewiesen wurde, oder nach einem Mißtrauensvotum der absoluten Majorität.

Gewiß, die 18 Monate sind um, drei Regierungen unterlagen in dieser Zeit, aber keine nach dem verfassungsmäßig vorgesehenen Ritus. Das scheint unlogisch zu sein, und ist es sicherlich. Unbeschadet dessen besteht das Gesetz, und im Augenblick könnte der Präsident der Republik, selbst wenn er das Verlangen hätte, die Kammer nicht gesetzlich auflösen.

Im Gegensatz zu dem, was vielfach geglaubt wird, ist die Kammerauflösung in keinem Fall zwangsläufig; sind die eben erwähnten Voraussetzungen gegeben, so ist sie bloß möglich. In jedem Fall hat man mit dem Willen des Präsidenten Auriol zu rechnen, der gemäß seiner Pflicht die Republik zu verteidigen, keineswegs geneigt scheint, dem General de Gaulle den Zugang zur Macht zu erleichtern.

Ist es aber wahrscheinlich, daß sich die Kammer zum Selbstmord überreden läßt? Offensichtlich gibt es keine andere Möglichkeit, als daß die Kammer selbst beschließt, ihr Mandat zu beenden. Sie ist immer frei es zu tun, da ein bloßes Gesetz und nicht die Konstitution die Mandatsdauer bestimmt. Ist aber dieser Ueberredungsselbstmord politisch möglich oder wahrscheinlich? Man kann grob gerechnet annehmen, daß die 280 Deputierten der soliden Mehrheit immer

Gegner einer Mandatsaufhebung sein werden. Das wäre die Verleugnung ihrer Politik und das Geständnis ihrer Ohnmacht. Von den 70 Unentschiedenen dürfte ihnen eine beträchtliche Zahl folgen, wie es die Regel ist, einfach aus dem Instinkt der Selbsterhaltung; und allgemein nimmt man an, daß die Kommunisten aus Furcht vor einer Niederlage sich ebenso der sofortigen Stellung zur Wahl widersetzen. Scheinbar besitzt das Parlament eine massive Majorität gegen den kollektiven Selbstmord.

Diese Mehrheit ist aber gebrechlicher, als man glauben sollte. Wiederholen die Kommunisten in erweitertem Maßstab ihr Manöver von den Kantonswahlen, dann könnten sie durchaus sich plötzlich entscheiden, für die Auflösung zu stimmen. Besorgt um die Erneuerung ihrer Mandate, könnten andererseits die Unabhängigen, die Rechte, die Radikalen von General de Gaulle Zusagen erhalten, die sie anreizen würden, sich sofort ihren Wählern zu stellen, statt drei Jahre zu warten, um dann ihr Glück unter weniger günstigen Umständen zu versuchen. Schließlich gibt es unter den Sozialisten, und wahrscheinlich noch mehr im MRP, eine gewisse Zahl von Neulingen, die, nicht geeignet im heute so schweren Klima standzuhalten, sich vom Taumel eines wahren politischen Nihilismus treiben lassen.

Trotz allem ist die Kammerauflösung auf dem Wege der Autosuggestion relativ unwahrscheinlich. Auf alle Fälle ist sie vor dem Frühjahr 1949 undurchführbar. Da eine Anzahl Wahlkreise im Gebirge liegen, gab es noch niemals in Frankreich Winterwahlen. Und es gäbe ein Mittel, die Neuwahl unwiderruflich auszuschließen: durch ein Wahlgesetz, das nach dem Wunsch der Radikalen den Ein-Mann-Wahlkreis mit der Mehrheit von zwei Wahlgängen wiederherstellt. Die Kommunisten würden niemals der Auflösung unter diesen Bedingungen zustimmen, denn sie würden dezimiert zurückkehren. Ihnen würden sich in der Kammer immer mindestens 130 Deputierte anschließen, und so unwahrscheinlich der Kollektivselbstmord ist, er würde nun endgültig unmöglich werden.

Aus den Neuwahlen ginge aber schließlich eine noch weniger regierungsfähige Mehrheit hervor, je nach den beiden allein möglichen Wahlverfahren: dem Proporz, wie er bei den zwei letzten Wahlen funktionierte; oder dem Kreiswahlssystem gemäß der Majorität zweier Wahlgänge, das Frankreich von den Wahlen 1928 bis 1938 bekannt ist.

Man kennt die Ergebnisse der Gemeindewahlen vom Oktober 1947. Trägt man den späteren Teilwahlen Rechnung, so gäbe es zwei verschiedene Wahlsieger je nach dem angewandten Verfahren. Betrachten wir zuerst das Ergebnis von Proporzwahlen. Die Kommunisten haben offenbar im Augenblick keine Stimmen verloren. Die Unbeständigkeit

der Kabinette, die im Verhältnis zu den Preisen unzureichenden Löhne —, alle diese Grundtatsachen tragen dazu bei, die Stimmenzahl ihrer Wähler zu erhalten, die man ursprünglich als Ausnahmefall ansehen konnte. Bei einigen Wahlen haben sie sogar leichte, wenn auch bedeutungslose Erfolge davongetragen. Finden also Neuwahlen nach dem Wahlverfahren vom Oktober 1946 statt, so brauchen sie nur die Zahl ihrer Stimmen zu bewahren, um die Zahl ihrer Deputierten zu vergrößern. Tatsächlich gewährt das System des stärkeren Durchschnitts den numerisch stärksten Parteien eine Prämie und es begünstigt die Wahlbündnisse. Das Erscheinen der RPF-Listen in allen Departements würde eine Zerstreuung der nichtkommunistischen Stimmen zur Folge haben. Ohne Uebertreibung kann man beim gegenwärtigen Wahlverfahren damit rechnen, daß die Kommunisten mindestens 200 Mann stark in die Kammer zurückkehren würden.

Für den RPF hat der Nachrichtendienst des Innenministeriums eine gleichwertige Ziffer errechnet. Es ist ganz klar, daß zu 200 Deputierten eine Million Stimmen mehr gehören, als der MRP in den Zeiten seiner größten Erfolge erreichte. Das ist schwer. Aber nehmen wir es an. Nehmen wir selbst an, daß er, die mit ihm verbündeten Radikalen mit eingerechnet — heute etwa fünfzehn —, 230 Vertreter erreichen sollte, was sein Maximum wäre.

Voraussichtlich werden die Sozialisten noch an Terrain verlieren, möglicherweise werden sie nicht mehr als 70—80 Deputierte haben. Es hält schwer, zu glauben, daß der MRP unter 80 Deputierte kommt: das heißt auf durchschnittlich einen Deputierten per Departement, und in zahlreichen Departements auf mehrere.

Im Rassemblement des Gauches werden aus den 30 nichtgaullistischen Deputierten wahrscheinlich 40 werden.

Die Kammer wird also in drei ungefähr gleich starke Blöcke zerfallen. Die Majorität wird nicht gebrechlicher sein als heute, sondern nicht einmal existieren. Man wird nicht einmal einen Regierungschef wählen können.

Da man unmöglich auf eine zweite Auflösung und auf Neuwahlen zurückgreifen kann, bahnt der Gewaltstreich allein den Ausweg aus der Sackgasse: entweder durch die Spaltung der «dritten Partei» oder durch Umgruppierung der Sozialisten — ihrer Mehrheit, wenn nicht der Gesamtheit — in Richtung der Kommunisten: also auch der Gewaltstreich.

Aber der RPF kümmert sich den Teufel um Argumente. Er verlangt sofort Neuwahlen, ohne sich durch die Tatsache beeinflussen zu lassen, daß er die Kraft der Kommunisten stärkt und das Land zuletzt in den Bürgerkrieg führt. Selbst wenn man annimmt, daß bei

unseren Berechnungen der RPF nicht gut genug abschneidet, so bleibt doch folgendes bestehen:

Die vereinigten Sozialisten und Kommunisten repräsentieren ungefähr die Hälfte der französischen Wählermasse. Selbst eine gaullistische Springflut ließe immer noch einen Rest von Volksrepublikanern, Radikalen, sogar nichtgaullistischen Konservativen übrig. Wie niedrig man diese Ziffer ansetzen mag, sie wird genügen, den General de Gaulle zu verhindern, über die absolute Mehrheit zu verfügen. Sie wird ihn sogar verhindern, so viele Stimmen zu haben wie Sozialisten und Kommunisten zusammen. Wie groß auch immer der Erfolg der RPF sein mag: unter diesen Bedingungen wird eine nach dem gültigen Verfahren gewählte Kammer die letzte der Vierten Republik sein.

Wie wären aber die Ergebnisse nach dem Majorzverfahren? Die Eigenart der bezirksweisen Wahl besteht darin, die großen Strömungen der öffentlichen Meinung aufzuteilen, die Mittelparteien bei ihren Bündnissen im zweiten Wahlgang zu begünstigen und die Ortsgrößen zu bevorzugen.

In den Ausmaßen des Grabens zwischen Kommunisten und Sozialisten, den die Dritte Kraft zwischen ihnen aufgeworfen hat, würde die Kommunistische Partei bei diesem Wahlverfahren buchstäblich zerschmettert werden. Zum erstenmal seit dem Pakt des Front Populaire, den Daladier, Blum und Thorez 1936 geschlossen haben, würden die Kommunisten isoliert in den Wahlkampf ziehen. Außer durch Abtrünnige aus den sozialistischen Reihen oder durch die schon gekennzeichneten Ungeschicklichkeiten ihrer Gegner, könnten sie nur in den Wahlkreisen siegen, in denen ihnen die absolute Majorität gehört. Das waren 10 im Jahre 1932; alles zu ihren Gunsten gerechnet, würden vermutlich heute 50 Deputierte zurückkehren.

Die Sozialisten werden dagegen durch dieses Wahlverfahren sehr begünstigt. Sie würden von Wahlverzicht zu ihrer Rechten und von einer gewissen Anzahl Stimmen zu ihrer Linken profitieren und verstärkt wiederkehren, zweifellos 115 bis 120 Mann stark.

Ebenso würden die Radikalen durch ihre Mittelstellung und das alte antiklerikale Vorurteil gewinnen. Sie, die ihr republikanisches Wesen hindert, de Gaulle zu folgen, könnten leicht 80 Mann hoch zurückkehren. Die vom MRP könnten eine Anzahl diskreter Abkommen vor dem ersten Wahlgang mit den Radikalen und den Sozialisten abschließen, um sich diesen oder jenen Wahlkreis zu sichern. Man kann annehmen, daß sie mindestens 90 Sitze erreichen würden.

Unter Aufrechnung der verbündeten Radikalen kann der RPF auf nicht mehr als 200 Deputierte hoffen. Die Radikalen kamen auch

im Zenith ihrer Macht nie über mehr als 160 Mandate hinaus, wobei sie vom Verzicht auf eigene Kandidaturen rechts und links profitierten, während der RPF jetzt durch seine Stellung auf der äußersten Rechten in dieser Beziehung benachteiligt wird. Im übrigen würde er gerade in den Departements der traditionell größten konservativen Wählermassen, besonders in der Bretagne, zahlreiche Plätze dem MRP lassen müssen, Deputierten, die von ihrer jetzigen Stellung profitierend, zumindest individuell, vom Klerus weiter unterstützt werden würden.

Blicke ein Rest von etwa 80 Deputierten (Unabhängige, nicht-gaullistische Konservative, Uebersee-Deputierte), um so weniger bereit, den Instruktionen des Generals zu gehorchen, als der Wahlmodus ihnen Unabhängigkeit gewährt, während er sie mit den verschiedenen Parteien verbindet (MRP, Radikalen, selbst Sozialisten), deren Verzicht ihrer Wahl dienlich war.

Wir würden dann einem Parlament gegenüberstehen, das dem heutigen umgekehrt symmetrisch gliche. Auch jetzt würde es zwei nicht reduzierbare Oppositionen geben; aber diesmal hätte der RPF einen Bestand von 200 Gewählten, während die Kommunistische Partei auf ungefähr 50 herabgekommen wäre.

Der MRP war der treueste Anhang aller sich folgenden Regierungen. Die Regierungen der Radikalen haben niemals der Fülle der radikalen Gruppe entsprochen, und der Totengräber der Regierung Ramadiers war Guy Mollet, sozialdemokratischer Generalsekretär. Mit Ausnahme der Kommunisten würde der MRP die schwersten Verluste erleiden: die Festigkeit der Regierung wäre nicht verstärkt. Sie würde wie heute von 80 bis 100 Schaukelstimmen abhängen. Außerdem schiene die kommunistische Gefahr gemindert, zumindest auf parlamentarischem Boden; die gaullistische Gefahr gesteigert: eine fast unwiderstehliche Bewegung würde die Sozialisten zur äußersten Linken treiben. So würde, selbst im Majorzverfahren, eine unter den heutigen Umständen gewählte Kammer alle Mängel der gegenwärtigen vergrößert wiederholen. Sicher ist, daß die Kommunisten reduziert zurückkehren; nicht minder sicher, daß de Gaulle nicht die absolute Majorität vorfinden würde, während die Eventualmajorität der Dritten Partei noch weniger homogen als heute und ein neuer Front Populaire noch weit mehr zu befürchten wäre.

Aber die Furcht vor der Kammerauflösung ist der Beginn der parlamentarischen Torheit. Eine Auflösung, die juristisch unmöglich und praktisch unwahrscheinlich ist, würde eine Kammer ergeben, die schlimmer als die heutige ist. Doch die Aussicht auf die Kammerauflösung wirkt jetzt schon politisch unheilvoll.

Alle alten Parlamentarier sind sich darin einig, daß zur Zeit der

Dritten Republik eine Kammer drei von vier Jahren brav gearbeitet hat. Während der ersten drei Monate lebte sie noch im überstandenen Wahlfieber; während der letzten neun Monate wurde sie von der Perspektive der kommenden Wahlen aufgewühlt.

Das französische Volk hat dreizehnmal in drei Jahren gewählt, und das Parlament lebt seit der Erneuerung der Konstituante von sechs zu sechs Monaten in einer Atmosphäre dauernder Wahlspannung. Jetzt fällt es unter Auflösungsdrohungen seine Entscheidung. Jeder Deputierte trifft für den Fall einer Wahlüberempelung Vorsichtsmaßnahmen, selbst wenn er Neuwahlen wenig wünschenswert und wahrscheinlich findet. Das ist einer der Hauptgründe des Kollektivwahnsinns, der scheinbar diese Versammlung manchmal in Wallung bringt.

Im Grunde ist es wahrscheinlich — außer im Fall eines immer möglichen Unglücksfalls — daß das Parlament zum Mandatsende gelangen wird; aber es läuft Gefahr, unter den schlimmsten Bedingungen dahin zu kommen, vor ihm der Schatten der Auflösung, in einem Klima dauernder Demagogie und großer vorwahlmäßiger Umtriebe.

Welche Lösung gibt es also? Die Verbreiterung der Majorität durch Aufnahme des RPF oder der Kommunisten ist wie gesagt unmöglich. Ebenso unmöglich ist es, die Versammlung aufzulösen. Aber es ist auch ebenso unmöglich, in der Ohnmacht der gegenwärtigen Regierungsformeln zu verharren. Diese Majorität, ungleichartig, schwach und schwankend wie sie ist, muß sich endlich aufraffen, wenn sie auch kein Vertrauen mehr zu sich selbst hat und nur noch in der Erwartung der Wahlen, in der Furcht vor einem Gewaltakt lebt.

Und doch wird sie durch eine größere Kraft geeint als getrennt: es ist ihr Glaube an die Demokratie und ihr Wille, sie zu retten.

Weil die Sozialisten begriffen haben, daß die Kommunistische Partei eine totalitäre Partei ist, hatten sie den Mut, sich von ihr zu trennen. Die Mehrheit des MRP, die Mehrheit der Radikalen, gar viele Konservative wissen ebensogut, daß eine Regierung de Gaulle, willentlich oder nicht, zur Diktatur führen würde und der Quartiermacher der Kommunisten wäre. Die Zwischenfälle von Grenoble, die anmaßenden und drohenden Reden des Generals, die faschistischen Methoden seiner Umgebung haben die Gefahr enthüllt. Ihr gegenüber dürfen sie nicht mehr listig sein, sondern müssen erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen.

An dem Tag, an dem das Land wissen würde, daß die Demokratie bedroht ist, würde der Instinkt der republikanischen Verteidigung einen großen Teil der Wähler nochmals aufrütteln, freilich nur, wenn er zuerst die Gewählten auferüttelt hat.

Die Majorität muß endlich aufhören, sich tückisch zu bekämpfen, um sich gegenseitig die Brocken einer schwankenden Macht zu entreißen. Die Parteiführer müssen aufrichtig und ohne Hintergedanken die Lage prüfen, sich ihre Aufgabe gegenseitig erleichtern: die einen in bezug auf die Kommunisten, die anderen auf die Gaullisten; sie müssen fortan davon lassen, sich gegenseitig zu übervorteilen, statt sich zu vereinigen, um Vorteile über ihre gemeinsamen Gegner zu erringen.

Da die Menschen nun einmal nicht von Natur aus Heilige oder Helden sind, muß die Regierung ihre Mehrheit festigen und ihr klar zu wissen geben, daß keine Kammerauflösung in Aussicht genommen ist und daß das Parlament bis zum Erlöschen seines Mandats bestehen bleibt. Sie muß der Kammer und sich selbst das Beispiel von Waldeck-Rousseau in Erinnerung rufen, der zwei Jahre mit einem Spielraum von zwei Stimmen regierte, und zwar stramm regierte. Dazu muß aber auch das Haupt der Regierung zum wirklichen Führer der Mehrheit werden. Im Interesse Frankreichs muß man also wünschen, daß das gegenwärtige Ministerium sich so lange als möglich hält. Wenn ihm ein anderes folgen sollte, so wäre es angebracht, die Richtschnur zu wechseln, nach der bislang die Ministerpräsidenten bestimmt worden sind.

Auf die Persönlichkeiten, die bisher gewählt wurden, weil sie ruhig, ausgeglichen, sogar farblos waren, nicht krumme Wege noch Feindschaften kannten, müßte jetzt ein Mann von Autorität folgen, mit staatsmännischen Gaben, fähig, seinen Willen der Regierung und der Kammer aufzuprägen, seine Mehrheit zu führen und sich im Lande eine echte Popularität zu erwerben.

Nur unter dieser Voraussetzung wird die französische Demokratie gerettet werden.